

Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
<https://www.tagesanzeiger.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 148'705  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 4  
Fläche: 64'560 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 3007101  
Themen-Nr.: 999.222

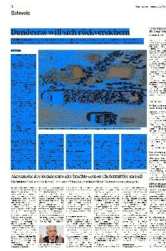
Referenz: 71665766  
Ausschnitt Seite: 1/2

## Bundesrat will sich rückversichern

**UNO-Migrationspakt** Die Landesregierung legt den globalen Flüchtlingspakt auf Eis und will erst die Debatte im Parlament abwarten. Dort zeichnet sich ein erbitterter Streit um Kompetenzfragen in der Aussenpolitik ab.



Der Pakt könnte geordnetere Verhältnisse ermöglichen: Migranten auf dem Weg Richtung Südgrenze der USA. Foto: Rodrigo Abd (AP, Keystone)



## Beni Gafner

Die Meinungen im Parlament über den UNO-Migrationspakt gehen auch nach dem gestrigen Regierungsentscheid weit auseinander. Der Bundesrat hat beschlossen, am 10. und 11. Dezember nicht nach Marokko zu reisen, um dort den Pakt zu besiegeln. Als definitive Absage an den Pakt, wie es sie in den USA, in Israel, Australien, Österreich, Ungarn, Polen, Tschechien, Bulgarien und Estland gab, ist der Entscheid laut dem Bundesrat nicht zu verstehen. Jedenfalls teilte er nach seiner gestrigen Sitzung mit, er sei überzeugt, dass der globale Migrationspakt den Interessen der Schweiz entspreche. Der Pakt bezwecke «die Festlegung der Parameter für eine geordnete Migration, was zum Rückgang der irregulären Migration beitragen würde». Es gelte nun, den Ausgang der parlamentarischen Debatte abzuwarten, bevor der Bundesrat endgültig zum Pakt Stellung nehme. Damit ist eine Zustimmung der Schweiz aufgeschoben, nicht aber aufgehoben.

Dies ist insofern nicht von grosser Tragweite, weil der Migrationspakt keine Massnahmen vorschreibt, die sofort umgesetzt werden müssten. Trotzdem werfen die Grünen dem Bundesrat vor, er sei eingeknickt, anstatt selbstbewusst zum Pakt zu stehen. Die Partei von Aussenminister Ignazio Cassis begrüsst den

Entscheid. Die FDP sei gegenüber dem Pakt äusserst kritisch eingestellt. Obwohl rechtlich nicht bindend, sei aufgrund politischer Implikationen «äusserste Sorgfalt» geboten. Die Freisinnigen wollen ihre abschliessende Haltung am 27. November festlegen. «Eine Unterzeichnung wäre generell ein Fehler», sagte hingegen SVP-Ständerat Hannes Germann (SH), «denn es ist eine Frage der Zeit, bis die ersten Richter, gestützt auf den UNO-Pakt, Urteile fällen werden.» Der Bundesrat habe in dieser Frage zudem das Mitspracherecht des Parlaments verletzt; er dürfe sich deshalb über heftige Reaktionen aus den Reihen von National- und Ständerat nicht wundern. Nach erfolgter Abstimmung über die Selbstbestimmungsinitiative und den Debatten in beiden Kammern könnte eine Mehrheit im Parlament später trotz allem zum Schluss gelangen, dass die Schweiz dem Pakt beitreten soll, warnt Germann. Die SVP erneuerte gestern vor diesem Hintergrund ihre Forderung, der Bundesrat solle dem Parlament einen referendumsfähigen Beschluss vorlegen. Die Bevölkerung müsse darüber entscheiden, «ob sie künftig die ungebremste Zuwanderung von Wirtschaftsmigranten will».

## «Stimmungsmache»

Die Basler Aussenpolitikerin Si-

bel Arslan (Grüne) sieht es anders. Migration sei nicht per se etwas Schlechtes und zudem eine Realität. «Dass mit dem Thema Migration ständig Stimmung gemacht wird, namentlich durch die SVP, halte ich für völlig verfehlt.» Ziel des Paktes sei es nicht zuletzt, dass afrikanische Staaten untereinander Lösungen im Bereich Migration anstreben. Dies entspreche einer Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zwischen Süd-Süd und Süd-Nord.

SP-Nationalrat Fabian Molina erinnert daran, dass die Schweiz die überwiegende Mehrheit der aufgeführten Massnahmen bereits heute schon erfülle. Der Bundesratsentscheid, am 10. Dezember nicht nach Marrakesch zu reisen, zeuge von «ausserpolitischem Orientierungsverlust». Diese Ausgangslage lässt für den 29. November im Ständerat und den 6. Dezember im Nationalrat hitzige und emotionsgeladene Debatten erwarten. Neben Auseinandersetzungen über den Sinn des UNO-Pakts geht es dabei auch um Macht und Zuständigkeiten zwischen Parlament und Bundesrat in ausserpolitischen Fragen. Im Bundeshaus liegen gleich mehrere Vorstösse auf dem Tisch, die fordern, dass der Bundesrat nicht im Alleingang über Zustimmung oder Ablehnung eines solchen Pakts befinden kann.